

Ressort: Politik

Bericht: SPD knüpft Zustimmung zur Bankenunion an Bedingungen

Berlin, 22.03.2014, 10:42 Uhr

GDN - Die SPD knüpft ihre Zustimmung zur Schaffung einer europäischen Abwicklungsbehörde für Banken nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" (Samstagsausgabe) an Bedingungen. Das geht aus einer Vorlage für die Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion an diesem Wochenende in Berlin hervor.

Demnach wollen die Sozialdemokraten den Plänen der EU im Bundestag nur zustimmen, wenn sichergestellt ist, dass die Abgabe, die die Kreditinstitute künftig in den neuen EU-Abwicklungsfonds einzahlen müssen, in allen Mitgliedsstaaten einheitlich erhoben wird. Insbesondere müsse dafür gesorgt werden, dass die Zahlung "wie gegenwärtig im deutschen Recht nicht von Steuerschuld abzugsfähig ist". Die Sozialdemokraten befürchten, dass einzelne Länder hier ein neues Steuerschlupfloch für die Geldinstitute eröffnen wollen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte der Zeitung, es müsse verhindert werden, dass "der Abwicklungsfonds doch wieder zu Lasten des Steuerzahlers aufgebaut" werde.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31982/bericht-spd-knuepft-zustimmung-zur-bankenunion-an-bedingungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619